

**Eva-Maria u.
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Einschreiben

Bundesministerin der Justiz
Frau Brigitte Zypries
Mohrenstraße 37

Julius-Leber-Str. 2
33332 Gütersloh
Tel.: 05241/55803
Fax: 05241/9975313
E-Mail:
hd.base@gmx.net

10117 Berlin

24.08.2007

Offener Brief!

Sehr geehrte Frau Ministerin Zypries,

für die Beantwortung unseres 'Offenen Briefes' durch Herrn Dr. Alexander Dörrbecker vom 21.08.2007 möchten wir uns bedanken.

Einige der in dem Schreiben genannten Maßnahmen waren uns aus Presse, Rundfunk und Fernsehen bereits bekannt. Wir sehen wohl die Fortschritte, die auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung vorgenommen wurden und anerkennen auch die Bemühungen all derjenigen, die das ihnen Mögliche zur Eindämmung dieser Missstände beitragen. Doch die einschlägigen Fernsehsendungen, Bücher und die Beiträge in den Internetforen belegen den noch immer großen Nachholbedarf, die teilweise Ignoranz gegenüber diesem Sachverhalt und die oftmals mangelnde Konsequenz in der Umsetzung vorhandener Mittel.

Sie wollen unsere diesbezüglichen Erfahrungen „nicht unwidersprochen ... lassen“, wobei wir von ungeahndeten Straftaten geschrieben hatten (nähere Details unter www.hansdietrich.de im Kapitel „Anwaltliche Allianzen“ und im „Nachtrag“ des teilweise veröffentlichten Taschenbuches „Glaube, Hoffnung, Wirklichkeit“). Rein formal wurden zwar Ermittlungen aufgenommen, sie wurden jedoch nach der Sachlage ungerechtfertigt eingestellt.

Dies ist nicht nur unsere Auffassung. So schrieb uns die Redaktion der ARD-Sendung „Ratgeber Recht“ unter anderem: „Unzweifelhaft sind Sie persönlich schwer betroffen und wurden von Ihrem ehemaligen Arbeitgeber Miele, dem Patentamt und den Rechtsanwälten ungerecht behandelt.“ Und ein Gütersloher Ratsmitglied, das sich für unsere Belange eingesetzt hatte, schrieb an den damaligen Justizminister, Jochen Diekmann: „Aus den mir vorgelegten Akten geht jedoch m.E. hervor, daß die von Herrn Dietrich angestregten Anzeigen, Dienstaufsichtsbeschwerden u.a. nicht nach Recht und Gesetz behandelt und beschieden wurden,“

Eine der Stellungnahmen des Justizministers – wir hatten noch andere Politiker um Beschwerdeübergabe gebeten – lautete: „Anhaltspunkte für fehlerhafte Sachbehandlung der Staatsanwaltschaft haben sich nicht ergeben. Herr Dietrich will sich damit nicht abfinden.“

Sie werden verstehen, dass wir uns nicht mit nachweisbarer Rechtsbeugung abfinden wollen und werden. Ebenso wenig nehmen wir die Art und Weise nicht hin, mit der unsere Klage von der am Landgericht Bielefeld tätigen Richterin Gottschaldt behandelt wurde, denn die entsprach nach unserer Auffassung dem Tatbestand der Nötigung (siehe „Nachtrag“ wie oben).

Deshalb ist unsere Erfahrung, die Sie anzweifeln, dass aus wirtschaftlichem Interesse zu Gunsten des Großunternehmens, der Firma Miele, entschieden wurde. Oder sollte etwa ein gewisses politisches Interesse an den besagten Fehlentscheidungen bestehen? Rechtssicherheit empfinden wir jedenfalls seit nunmehr über 15 Jahre nicht.

Da das auch von vielen Mitbürgern aus anderen Bundesländern, wie in den o.g. Medien zu beobachten, beklagt wird, kann dies nicht mehr allein eine Angelegenheit der einzelnen Länder sein. Da Sie seitens der Bundesregierung aber auf die auch uns bekannte Tatsache hinweisen, dass Rechtspflege Ländersache ist, bleibt der Bürger, der zur Landesjustiz kein Vertrauen mehr hat – weil nachweisbar Unrecht gesprochen wurde – im Regen stehen. Oder gibt es in solchen Fällen bestimmte Anlaufstellen?

Für Ihre Antwort vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

P.S.: Veröffentlichung auf der Homepage www.hansdietrich.de, und Hinweis im Forum des Journalisten Jürgen Roth.